

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

auf Annahme einer EntschlieÙung

60 Jahre Römische Verträge – Berlin baut weiter mit an unserem gemeinsamen europäischen Haus

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus würdigt die Römischen Verträge, die sich am 25. März 2017 zum 60. Mal geöhrt haben, als Grundstein für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Die europäische Integration war die ebenso mutige wie richtige Antwort auf die Schrecken der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Europäische Union als Friedensprojekt in Europa zu erhalten, bleibt eine Aufgabe, die die richtigen Lehren aus der Geschichte berücksichtigt und zugleich immer wieder aktiv gestaltet werden muss.

Das Abgeordnetenhaus erteilt allen populistischen Anfeindungen gegen die europäische Einigung eine klare Absage. Wer einer Rückkehr zu rein nationalstaatlichen Lösungen das Wort redet, verkennt die Bedeutung der europäischen Einigung für unsere ehemals geteilte Stadt, Deutschland und den Kontinent als Ganzes und schadet künftigen Generationen.

Das Abgeordnetenhaus begrüÙt, dass die Europäische Kommission mit ihrem Weißbuch einen breit angelegten Diskussionsprozess über die Zukunft der EU eröffnet hat. Die nach wie vor nicht überwundene Wirtschafts- und Sozialkrise in zahlreichen Mitgliedstaaten des Euroraums, die Schwierigkeiten beim solidarischen Umgang mit den Migrations- und Fluchtbewegungen, das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU und die Anfeindungen populistischer anti-europäischer Parteien zeigen: Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Als Land Berlin sagen wir Ja zu einem gemeinsamen, europäischen Weg. Dieses Ja ist ein Ja zu den gemeinsamen Werten der EU-Mitgliedstaaten, basierend auf den universellen Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung von Minderheitenrechten. Diese Werte haben nichts von ihrer Relevanz und Anziehungskraft eingebüÙt und bilden auch im Land Berlin die Grundlage unseres Miteinanders.

Wie das Europa der Zukunft aussieht, muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden. Das Abgeordnetenhaus begrüßt die Vielzahl an pro-europäischen Initiativen, Verbänden und Aktivitäten, die in Berlin beheimatet sind, etwa den „March for Europe“ am 60. Jahrestag der Römischen Verträge oder den sonntäglichen „Pulse of Europe“. Das Abgeordnetenhaus ruft den Senat dazu auf, sich auf Bundes- und Europaebene aktiv an dieser Zukunftsdebatte zu beteiligen.

Das Abgeordnetenhaus hebt hervor, dass sich gerade am Beispiel Berlins die Bedeutung der europäischen Integration ablesen lässt. Während der deutschen Teilung hat West-Berlin stets die volle politische Solidarität der Europäischen Gemeinschaft erfahren. Die Europäischen Förderfonds sichern Arbeitsplätze und tragen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei. Eine Renationalisierung dieser Regionalförderpolitik widerspricht dem europäischen Solidaritätsgedanken. Das Abgeordnetenhaus fordert daher an dieser Stelle, dass auch in der neuen Förderperiode nach 2020 eine starke EU-Kohäsionspolitik betrieben wird, die den Zusammenhalt in der EU fördert.

Europäischer Zusammenhalt verlangt, der sozialen Dimension in der EU-Politik deutlich mehr Gewicht einzuräumen und den alleinigen Fokus auf die Austeritätspolitik zu beenden. Die im Frühjahr durch die Kommission angekündigte „Säule der sozialen Rechte“ darf sich nicht auf Sicherung des Status quo beschränken. Vielmehr müssen Legislativvorschläge dazu beitragen, das europäische Sozialmodell zu stärken. Lohn-, Sozial- und Steuerdumping verschärfen das Auseinanderdriften der Europäischen Union. Die Jugendarbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen und weitere Investitionen für Wachstum und Beschäftigung auf den Weg zu bringen, sind dringende Aufgaben, die angepackt werden müssen.

Bei der Bekämpfung des Klimawandels muss die EU stärker als bisher auf den Ausbau erneuerbarer Energien und die Senkung der CO₂-Emissionen setzen. Der Schutz von natürlichen Ressourcen kann nur international und gemeinschaftlich gesichert werden, denn Umweltverschmutzung hört nicht an nationalen Grenzen auf.

Berlin, d. 26. April 2017

Saleh Zimmermann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen